Donald Trump versucht nicht nur, den Ausstieg aus fossilen Energien in den Vereinigten Staaten zu blockieren. Der US-Präsident übt auch zunehmend Druck auf andere Länder aus, ihre Klimaziele aufzugeben – und stattdessen mehr Kohle, Gas und Öl zu verbrennen.

Wie die New York Times berichtet, bedient sich Trump dabei handelspolitischer Hebel, Zölle und weiterer wirtschaftlicher Instrumente. Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärte: Die Regierung werde „die wirtschaftliche und nationale Sicherheit de USA nicht für vage Klimaziele aufs Spiel setzen."

Die Maßnahmen, mit denen die Trump-Administration versucht, die Klimapolitik anderer Länder zu beeinflussen, umfassen unter anderem:

- Androhung von Zöllen, Visabeschränkungen und Hafengebühren für Länder, die einem globalen Abkommen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen in der Schifffahrt zustimmen;
- Einbindung umfassender Verpflichtungen zum Kauf amerikanischer Öl- und Gasprodukte in fast alle Handelsabkommen;
- Zusammenarbeit mit anderen ölproduzierenden Staaten wie Saudi-Arabien, um Produktionsgrenzen für erdölbasierte Kunststoffe zu verhindern.

EU-Mitarbeiter und internationale Energieexpert:innen zeigen sich zunehmend beunruhigt über das Ausmaß dieses außenpolitischen Drucks. Wissenschaftlicher Konsens ist: Um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden, müssen Länder schnellstmöglich den Umstieg von fossilen auf saubere Energiequellen wie Wind-, Solar-, Geo- und Wasserkraft vollziehen.

Indien unter Druck: Trumps Zölle treffen den Subkontinent hart

Seit Inkrafttreten von Trumps neuen Importzöllen in Höhe von 50 Prozent suchen indische Unternehmen händeringend nach staatlicher Unterstützung. Die Regierung von Premierminister Narendra Modi reagierte mit einem sechsjährigen Hilfsprogramm im Umfang von umgerechnet 28 Milliarden Dollar, das Exporteure bei der Erschließung neuer Märkte und Kreditaufnahme unterstützen soll.

Industrieverbände fordern darüber hinaus direkte Zuschüsse zu Lohnzahlungen, günstigeren Strom und bessere Kreditkonditionen. Besonders betroffen sind arbeitsintensive Branchen wie die Textilindustrie, die rund zwei Prozent der indischen Wirtschaft ausmacht.

Ein unerwünschter Nebeneffekt betrifft auch die saubere Energie: Indien hatte in den letzten Jahren gezielt in den Ausbau seiner Solarindustrie investiert – ein Sektor, der nun erheblich unter den amerikanischen Strafzöllen leidet.

Europas großes Aufrüsten

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zwingt Europas Regierungen zum Umdenken. In fast allen Hauptstädten laufen derzeit Gespräche mit Rüstungsunternehmen, begleitet von milliardenschweren Investitionsprogrammen. Verteidigungsausgaben werden dabei nicht nur als sicherheitspolitisch notwendig, sondern auch als wirtschaftlich wichtiges Konjunkturmittel präsentiert.

Doch Ökonomen warnen: Der Nutzen für die Realwirtschaft bleibe begrenzt, wenn nicht gezielt in Forschung und technologische Innovation investiert werde. Eine reine Vorratsbeschaffung bringe wenig Wachstum. Zudem könnte eine Finanzierung über Steuererhöhungen – im Gegensatz zu kreditbasierten Ausgaben – die Konjunktur zusätzlich bremsen.

Deutschland etwa hat seine Schuldenbremse faktisch ausgesetzt, um die Aufrüstung über neue Kredite zu finanzieren. Frankreich, Italien und Großbritannien stehen hingegen vor schwierigeren Entscheidungen – ihre Schuldenstände sind bereits sehr hoch, was den fiskalischen Spielraum stark einschränkt.

Weitere wichtige Meldungen

- Indien: Mindestens 34 Tote nach schweren Monsunregenfällen mit Erdrutschen und Sturzfluten im indisch kontrollierten Teil von Jammu und Kaschmir.
- USA: Ein Bewaffneter schoss durch die Fenster einer katholischen Kirche in Minneapolis während einer Schüler-Messe – zwei Kinder starben, 17 weitere wurden verletzt.
- Gesundheit: Das Weiße Haus entließ die neue CDC-Direktorin, nachdem sie sich weigerte, auf Druck von Robert F. Kennedy Jr. zurückzutreten.
- Diplomatie: Dänemark bestellte den US-Botschafter ein – Anlass sind Berichte über verdeckte Einflussoperationen in Grönland durch Trump-nahe Akteure.
- Gaza: Trump traf sich im Weißen Haus mit seinem Sondergesandten Steve Witkoff und Schwiegersohn Jared Kushner, um über die Zukunft des Gazastreifens zu beraten.
- Ukraine: Die bisherige Ausreisesperre für Männer zwischen 18 und 60 Jahren wurde gelockert – junge Männer dürfen bis zum Alter von 23 Jahren wieder reisen.
- VAE: Ein ägyptischer Aktivist wurde in die Vereinigten Arabischen Emirate ausgeliefert und dort ohne Gerichtsverfahren festgehalten, weil er arabische Regime kritisiert habe.
- Deutschland: Neue Anreize sollen helfen, die Personalnot der Bundeswehr zu lindern – sollte das nicht reichen, könnte die Wehrpflicht zurückkehren.
- Technologie: Der US-Chiphersteller Nvidia übertraf mit einem Umsatzplus von 56 Prozent alle Erwartungen – ein Zeichen, dass der KI-Boom ungebrochen ist.
- Iran: UN-Inspektoren dürfen erstmals seit dem iranischen Kooperationsstopp wieder Nuklearanlagen besuchen – ein möglicher Schritt zur Wiederherstellung der Kontrolle der Anlagen.
- Großbritannien: Viele neue, besonders wärmegedämmte Wohnhäuser drohen in den immer heißeren Sommern zu überhitzen – aufwändige Nachrüstungen werden nötig.

Autor: P. Tiko